

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 06.09.2011

Verschleudert Wirtschaftsminister Bode (FDP) Millionen aus dem Landeshaushalt für den Erdgasmulti ExxonMobil?

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 29. August 2011 informiert in einem Artikel unter der Überschrift „Es gibt Kohle, wenn das Gas nicht fließt“, dass das Land Niedersachsen einem Erdgasmulti Entschädigungszahlungen zukommen lässt, wenn eine Erdgasbohrung nach dem sogenannten Fracking-Verfahren nicht erfolgreich sei. Demzufolge „honoriere“ Wirtschaftsminister Jörg Bode seit Anfang des Jahres 2011 Erdgasunternehmen für jede erfolglose Bohrung mit bis zu 2 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt. Nutznießer dieser Zahlungen sei vor allem die ExxonMobil Corporation, der nach der Marktkapitalisierung weltgrößte Konzern. Darüber hinaus soll, dem Zeitungsbericht zufolge, das Land Niedersachsen zumindest bei einer Fracking-Bohrung in Damme von ExxonMobil keine Förderabgabe erhoben und damit auf erhebliche Einnahmen für den Landeshaushalt verzichtet haben. Experten kritisieren diese Handlungsweise.

Bei dem Fracking handelt es sich um ein Verfahren für die Förderung von sogenanntem unkonventionellem Erdgas, wie Kohleflözgas, Schiefergas oder Tight Gas, das im Gegensatz zu konventionellem Erdgas im Gestein eingeschlossen ist. Bei der Fracking-Technologie wird eine mit teilweise hochgiftigen Chemikalien versetzte Flüssigkeit mit hohem Druck in die Tiefe gepumpt, um das gastragende Gestein aufzubrechen. Die Erdgasförderung nach dem Fracking-Verfahren ist nach Expertenmeinung mit Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt, insbesondere das Trinkwasser, verbunden. Gefahren gehen vor allem von der Frac-Flüssigkeit aus, die in sehr großen Mengen anfällt.

In den USA, in denen unkonventionelles Erdgas bereits großflächig gefördert wird, kam es bereits zu Unfällen wie der Kontamination von Trinkwasser, zu Explosionen und Erdstößen. Auch in Niedersachsen, dem Bundesland mit dem mit Abstand größten Erdgasaufkommen in Deutschland, sowie in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit dem nächst größeren Erdgasaufkommen, fürchten Anwohnerinnen und Anwohner sowie Betreiber von Wasserwerken vor allem um die Trinkwasserqualität und protestieren daher gegen geplante Erdgasbohrungen nach der Fracking-Technologie. In Nordrhein-Westfalen gibt es, dem Zeitungsbericht vom 29. August 2011 zufolge, einen fraktionsübergreifenden Konsens, so lange nicht über Fracking-Genehmigungen zu entscheiden, bis unabhängige Gutachter Grundlagen für eine Risikobewertung des Frackings erstellt haben. Der niedersächsische Wirtschaftsminister Jörg Bode hält dagegen schon Umweltverträglichkeitsprüfungen, die dem Fracking-Verfahren vorausgehen sollen, für überzogen und will das im Rahmen einer Bundesratsinitiative deutschlandweit durchsetzen. Er warne vor zu großen Belastungen aus Umweltverträglichkeitsprüfungen für die Erdgasmultis.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie das Fracking-Verfahren bei der Förderung von sogenanntem unkonventionellem Erdgas in seinen Möglichkeiten, aber vor allem seinen Gefahren für Mensch und Umwelt?
2. Warum und in welchem Umfang bislang subventioniert sie Erdgasunternehmen wie den weltgrößten Konzern Exxon Mobil für erfolglose Erdgasbohrungen nach dem Fracking-Verfahren?
3. Welche Einnahmen sind dem Land Niedersachsen durch nicht erhobene Förderabgaben bei der Erdgasgewinnung bislang entgangen (Angaben seit dem Jahr 2008 bis 31. August 2011 jeweils nach Jahren)?

Ursula Weisser-Roelle
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Ausgegeben am 08.09.2011)